

Stephan Ehmke

Zum Seminartag 2025

Deutschland und Österreich

In dieser Ausgabe unseres Deutschland-Journals finden Sie die Vorträge des Seminartages der SWG 2025. Wir hatten das Thema: „Deutschland und Österreich 2025“ gestellt und dazu namhafte Referenten eingeladen. Beleuchtet wurden sowohl innen- wie auch außenpolitische Aspekte, die mit wichtigen zurückliegenden Ereignissen verbunden und für Deutschland von besonderer Aktualität und Wichtigkeit waren.

Andreas Mölzer, Politiker der FPÖ, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlamentes und Chefredakteur der Publikation „Zur Zeit“, ging in seinem Vortrag besonders auf den sensationellen Wahlsieg der FPÖ bei den österreichischen Nationalratswahlen im September 2024 ein, als die Partei mehr als 12 % der Wählerstimmen zulegen konnte und mit 28,85% stärkste Partei im Parlament wurde, gefolgt von der Österreichischen Volkspartei, die starke Verluste hinnehmen musste, und den ebenfalls geschwächten Sozialdemokraten. Trotzdem kam es zu keiner Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen, weil sich – ähnlich wie in Deutschland nach der Bundestagswahl vom Februar 2025 – eine Koalition der Wahlverlierer zusammenfand, die den Willen der Mehrheit der Bürger auf undemokratische Weise missachtete. Der mit Abstand beliebteste Politiker in Österreich, Herbert Kickl, wurde auf diese Weise das Kanzleramt versagt. Dennoch färbte der großartige Erfolg der FPÖ sozusagen auf Deutschland ab, als die AfD bei den Bundestagswahlen 2025 stärkste Oppositionspartei wurde. Ein klarer Sieg für die patriotisch-konservativen Kräfte in beiden Ländern.

Bernd Kallina, Diplom-Politologin, ehemaliger langjähriger Redakteur beim Deutschlandfunk und stellvertretender Vorsitzender der SWG, beleuchtete mit dem Thema „Politik, Medien und Interventionen: Über grenzenlose Massenkommunikation“ den starken Einfluss der „4. Gewalt“ auf die deutsche Politik, die sich freilich oft nicht positiv für unser Land auswirkt. Sind doch sowohl die vom Staat mit

Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Sender, als auch eine große Zahl von Druckmedien zum so genannten „Mainstream“ zu rechnen, der sich oftmals sehr kritiklos zum Sprachrohr der Regierung macht und einseitig gegen die Opposition agitiert, was sich im Fall des „Kampfes gegen rechts“ besonders bemerkbar macht. Kallinag in seinem Vortrag insbesondere auf die Methodik und die von der modernen Informationstechnik geprägten Strategien des heutigen Journalismus zur Einflussnahme auf die öffentliche Meinung ein.

Seit 2023 wird die SWG vom Hamburger Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft und mit geheimdienstlichen Methoden beobachtet. Aus Sicht des Vereins geschieht dies rechtswidrig, weshalb Klage beim Hamburger Verwaltungsgericht eingereicht wurde. Eine Entscheidung steht noch aus. Der renommierte Verwaltungsjurist RegDir a.D. Josef Schüßlburner hat für die SWG ein umfangreiches Gutachten erstellt, in dem er überzeugend darlegt, dass der Verfassungsschutz seinen eigentlichen Aufgabenbereich längst verlassen hat und zu einem Instrument geworden ist, auf Weisung der Regierung eine unbequeme Opposition zu verfolgen und einer unzulässigen und mit den Standards einer westlichen Demokratie nicht vereinbaren Zensur zu unterwerfen. Dies, so Schüßlburner, sei einem der Freiheit verpflichteten Gemeinwesen unwürdig. Im Anschluss daran plädierte Schüßlburner im Rahmen seines Referates für eine „normale“ Demokratie in Deutschland, die sich an den Vorbildern der liberalen westlichen Modelle dieser Regierungsform orientiert. Schüßlburner bezog in seine Ausführungen seine Erfahrungen als Beamter im Bereich des Bundesverkehrsministeriums ein, der mehrere Male als unbequemer „Rechtsabweichler“ mit Disziplinarverfahren konfrontiert worden war.

Den Abschluss des Seminartagsprogrammes bildete der Vortrag des Journalisten und ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten *Armin Paul Hampel*, der sich mit der außenpolitischen Lage Deutschlands nach der 2. Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten beschäftigte. Trump hatte sein Amt am 20. Januar 2025 angetreten. Die Erwartungen an seine Amtsführung seitens der euro-

päischen und deutschen Konservativen waren hoch. Insbesondere das Verhalten der neuen US-Regierung zur Europäischen Union, deren politischer Kurs im wesentlichen als linksliberal bezeichnet werden kann, wurde mit Spannung erwartet. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Trump im Wahlkampf eine rasche Einigung mit Russland bezüglich des Ukraine-Konfliktes mit Friedensverhandlungen angekündigt hatte. Auch eine neue Deutschlandpolitik Washingtons stand durchaus zur Debatte, hatte doch der US-Präsident bereits während seiner ersten Amtszeit Deutschland zu mehr außenpolitischem Selbstbewusstsein und Abkehr vom ewigen „Schuldskult“ ermutigt. Einige Beobachter auf der rechten Seite hofften daher auf eine Lösung Trumps vom Einfluss der imperialistischen Neocon-Fraktion im Weißen Haus, möglicherweise sogar verbunden mit dem Ende des seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Besatzungsstatus Deutschlands und einer Abschaffung der „Feindstaatenklausel“. Nach neun Monaten Trump-Regierung sahen sich viele der hoffnungsvollen Stimmen allerdings getäuscht. Das Verhältnis zu den USA wird trotzdem – trotz des Endes der „unipolaren Weltordnung“ – auch weiterhin die deutsche Außenpolitik maßgeblich bestimmen.

Den Vorträgen schlossen sich jeweils angeregte und lebhaftere Aussprachen mit den Teilnehmern an. ■

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>